

# Um Frieden bittet man nicht

Plädoyer für eine sachliche Auseinandersetzung. Wider die moralische Kriegskritik des Pazifismus. **Von Freerk Huiskens**

■ Im August erschien Freerk Huiskens Flugschrift »Frieden – eine Kritik«. Mit Auszügen daraus wandte sich der Autor zudem in der *jungen Welt* vom 31. Juli 2023 gegen »fehlerhafte Vorstellungen vom deutschen Staat und dessen Friedenswillen«. Dazu nahm Georg Auernheimer – in der *jungen Welt* vom 28. August 2023 – in seiner Buchbesprechung »Unbrauchbare Ansprechpartner« Stellung. Im Folgenden veröffentlichen wir eine Replik Huiskens. (jw)

Kriegsmüdigkeit« wird in der BRD von Politikern und Leitmedien beklagt, ein unbedingter Kriegswille – bis zum Sieg – ist erkennbar, wann auch immer dieses Ziel erreicht ist. Protest dagegen ist eigentlich nicht mehr zulässig, jedenfalls wird er vom Kanzler, siehe seine Rede von den »gefallenen Engeln«, buchstäblich verteuftelt. Aber es gibt ihn, spärlich im Vergleich mit den Massen, die in den 1980ern auf die Straßen gingen. Wenn aus ihm etwas werden soll, ist freilich entscheidend, dass er sich nicht die falschen Ansprechpartner sucht.

## Falsche Kriegskritik ...!

Dass sich Pazifisten rückhaltlos gegen Kriege aussprechen, dass sie an diesem eigentlich selbstverständlichen Urteil gerade jetzt festhalten, spricht für sie. Gerade in der heutigen Zeit der nationalen Befürwortung von deutscher Kriegsbeteiligung ist das alles andere als selbstverständlich.

Allerdings sollte man darüber nicht versäumen, ihr Nein zum Krieg auf seine Gründe hin zu befragen. In Debatten erntet man da jedoch in der Regel ungläubiges Staunen, das sich etwa so artikuliert: »Braucht es denn dafür Begründungen, wo doch jeder Krieg ungeheure Opfer, schreckliches Leid produziert, Land und Leute zerstört, auf allen Seiten Elend mit sich bringt?« Und nicht selten wird zur Untermauerung dieser empörten Gegenfrage noch der rhetorische Konter nachgeschoben, ob man nicht selbst lieber im Frieden lebe, als im Krieg Opfer von Bomben zu werden.

Diese Antwort erscheint zunächst zwingend: In der Tat wird und kann niemand die Greuel, die zum Krieg gehören, leugnen. Es sind Fakten, und sie sind schrecklich. Empörung und Wut stellen sich ein. Aus der Feststellung der Schrecken des Krieges folgt jedoch immer nur eins: Man hat sich die Frage vorzulegen, was ihn als militärisches Gegeneinander von Staatsgewalten auszeichnet, warum sich Staaten wechselseitig Zerstörung und ihren Bevölkerungen maßloses Leid antun.

Doch die Befassung mit diesen Fragen ist nicht die Sache von Pazifisten, wie ihrer Gegenfrage zu entnehmen ist. Das Deuten auf Leid macht für sie weitere Klarstellungen überflüssig. Dazu gehört, dass sie am Krieg primär seine zerstörerischen Wirkungen festhalten, deren Opfer die Bürger sind. Und sofern ihre Kriegskritik sich darin erschöpft, verfehlen sie, was einen Krieg als den politisch begründeten und dann militärisch ausgetragenen Konflikt zwischen Staaten im Kern ausmacht; welchen Zwecken diese Zerstörungsoptionen dienen.

Das Elend zu konstatieren, das die Kriegswirkungen an Land und Leuten herbeiführen, kann immer nur der Einstieg sein für die Klärung der Frage: Wie kann es zu dem Irrsinn kommen, dass Staaten ihre Bürger und große Teile des von ihnen geschaffenen Reichtums als Vernichtungsmittel gegen den Feind einsetzen? Es ist doch auch für

Pazifisten offensichtlich, dass »der Krieg« kein subjektloses, einem Schicksal oder einer Naturkatastrophe ähnliches verhängnisvolles Ereignis ist. Natürlich ist ihnen nicht unbekannt, dass Krieg immer eine Sache zwischen mindestens zwei politischen Subjekten, also zwischen zwei Staatsgewalten, ist. Jedoch stehen die bei ihnen vornehmlich als verantwortungslose Verursacher der schlimmen Wirkungen in der Kritik.

Dass Staaten ihre politischen Gründe für die ruinösen Kreuzzüge haben, die sie gegeneinander führen, fällt dieser Betrachtungsweise damit zum Opfer – und zwar zwangsläufig: Denn mit der Entdeckung, dass Staaten politisch begründete Kriege vorbereiten und zweckmäßig führen, dass also ihre Politik den Willen zum Krieg als Durchsetzungsmittel einschließt, wären die Staaten als geneigte Ansprechpartner für die pazifistischen Anträge glatt nicht mehr brauchbar.

Bei der Aufzählung der zerstörerischen Wirkungen der Kriege kann eine Kriegskritik auch schon deshalb nicht stehen bleiben, weil es niemanden gibt, der sich einer solchen Verurteilung von Kriegsgreueln nicht anschließt. Auch die staatlichen Kriegstreiber, gegen deren Praxis sich Pazifisten gerade wenden, erklären glaubhaft, dass Tod, Leid und Zerstörung schlimme Kriegsfolgen sind, die sie lieber vermeiden würden. Pazifistisch werden sie deshalb natürlich nicht; sie haben sofort jenes »Aber« oder »Leider« zur Hand, mit dem sie mit erfundenen Notwendigkeiten ihre politischen Interessen legitimieren, Kriege beginnen und dabei den Schaden möglichst klein halten wollen – natürlich nur den bei sich.

## ... und ihr moralischer Gehalt

Friedensfreunde dagegen bleiben dabei, den Krieg ganz aus der ideell eingenommenen Perspektive von ohnmächtigen, von Kriegsfolgen betroffenen Bürgern zu bestimmen. Mit ihrer Kriegsfolgenverurteilung kritisieren sie den Krieg allein aus ihrem wertgeladenen Gefühlshaushalt, also vom Standpunkt von Privatpersonen, die in Kriegen die Opfer sind: Sie sehen in jedem Kriegsoffer einen Anschlag auf den hohen Wert der Friedfertigkeit, der nicht nur das Leben der Menschen, sondern ebenso das Verhältnis der Staaten untereinander bestimmen müsste. Krieg ist dann nur noch das Böse, das über die Menschen kommt. Die konstatierten Leichenberge und Ruinen, die massiven Beschädigungen, die anfallen, fassen sie nicht sachlich, sondern moralisch: Sie ordnen sie umstandslos und ausschließlich als Unrecht, als barbarisch etc., also als Offenbarung von Unwerten ein.

Noch einmal anders formuliert – um Missverständnisse zu vermeiden: Dass jedes Kriegsgeschehen, dessen man ansichtig wird oder das über einen kommt, sofort heftigste Gefühlsregungen auslöst, ergibt sich aus dem Leid, das Menschen im Krieg angetan wird. Wer sich aber in seine ablehnenden Gefühle eingräbt, wer es nicht schafft, eine theoretische Distanz zu dem aufrührenden Geschehen herzustellen, der unterliegt der Gefahr, den Krieg auf das Elend zu reduzieren, das er den Kriegsoffern zufügt. Er bleibt damit beim bloßen Wunsch, das Leid möge ein Ende haben, also bei der puren Sehnsucht nach Frieden. Nicht selten – es gibt eben viele Christen unter den Pazifisten – richtet sich der Wunsch auch an jenseitige Mächte, die im übrigen offenbar nichts dagegen einzuwenden haben, dass sie von allen Seiten angerufen werden: Die friedensbewegten Christen wünschen vom Herrgott ein Ende des Krieges und beide kriegführenden Staaten beten zu ihm, auf dass das Kriegsglück bei ihnen liege.

Pazifisten vermenschlichen den Krieg zu einer Abweichung von jenem menschengemäßen Umgang, der ihrem Friedensideal entspricht, damit zur Abweichung von ihrer eigenen, zur gültigen Norm erklärten privaten sittlichen Befindlichkeit. Die Moral ersetzt auch hier die politische Beurteilung von Staatshandeln: in dem Fall jedoch als moralische Verurteilung des Krieges, nicht als seine moralische Legitimation. Durch diese Entpolitisierung wird der Krieg zugleich verharmlost.

Das klingt zunächst paradox, wo doch immer auf die schlimmen Kriegsgreuel verwiesen wird. Beleg für diese Verharmlosung ist die unterstellte Gleichsetzung erfundener politischer Kalkulationen von Staatsgewalten mit dem privaten Friedfertigkeitstreben der Pazifisten: Sie denken sich die kriegerischen Aktionen der Staatsgewalten – vornehmlich die der Heimatstaaten – als nur aus dem Ruder gelaufene Initiativen eigentlich friedfertiger Politiker.

Dabei gehört schon eine gehörige geistige Anstrengung dazu, den laufenden Kriegsereignissen nicht zu entnehmen, dass Staaten alles Vernichten und Zerstören im Krieg militärisch kalkuliert in Szene setzen, dass sie vermittels der Zerstörung von Land und Leuten den Feind zu einer Kapitulation, d. h. zum Ablassen von seinem feindlichen Staatswillen zwingen wollen. Staaten, die sich »im Frieden« wechselseitig um Aneignung und Vermehrung von Reichtum bemühen und ihre Erfolge in Wachstumsraten messen und die nun all das, was dazu gehört – Arbeitskräfte, Arbeitsmittel und Arbeitsprodukte –, zum Zwecke der Zerstörung des feindlichen Reichtums einsetzen, sogar unter Inkaufnahme, dass eigener Reichtum und eigene Bürger massenhaft draufgehen, gelten ihnen als Mächte, die sich nur an dem vergehen, was sie als deren wahren Auftrag erfinden.

Den Anliegen der diesseitigen, ganz irdischen Kriegstreiber kommt aber nur derjenige auf die Spur, der begriffen hat, dass er seine Gefühlsregung unbedingt in eine sachliche Kriegskritik übersetzen muss. Zwar endet kein Krieg dadurch, dass man ihn erklärt. Wie auch! Doch ohne richtige Erklärung fehlt es gänzlich an Urteilen, gegen wen sich eine praktische Auflehnung richten müsste; auch wenn – wie im aktuellen Fall – die Benennung von Ross und Reiter zugleich keine erfolgsversprechende praktische Perspektive für die Beendigung des kriegerischen Treibens der Staatsgewalten eröffnet.

Aber immerhin liefert sie gute Gründe und gute Argumente, um wenigstens gegen die Parteilichkeit der Mitbürger Front zu machen, auf die sich Kriegspolitik zur Zeit noch weniger stützt als be ruft. Die falsche pazifistische Kriegsbestimmung ist dagegen nichts als eine früher mehr, heute weniger bis gar nicht geduldete moralische Begleitung kriegsträchtiger Politik, die sich ihrer ohnmächtigen Hilflosigkeit nicht einmal bewusst ist.

## Eine Replik

Diese Kritik ist nun auf deutliche Bedenken bei Georg Auernheimer gestoßen. Er hat in einer Rezension der Flugschrift widersprochen und damit deren Angebot zu einem – produktiven – Streit angenommen. Doch von einer Buchrezension darf der Leser schon eine Darlegung zentraler Urteile des Verfassers, vielleicht einen Überblick über Aufbau und Ziele des Buches erwarten; von einer kritischen Rezension all dies und dazu begründete Urteile über Fehler in der Argumentation, mangelhafte Beweise usw. Wenn ein Rezensent jedoch primär damit kontert, dass in dem Text all das fehlt, was er gerne in ihm gelesen hätte, dann

Eine klare Analyse der Hintergründe moderner Kriege haben nicht alle Kriegsgegner im Kopf – Ostermarsch in München (8.4.2023)



SACHELLE BARBARZ/UMA WIRE/MAGSO

kommt die Befassung mit Inhalt und Anliegen des vorgestellten Buchs zu kurz.

Auernheimers Rezension folgt diesem Muster. Sie hält in erster Linie fest, dass der Text die Vorstellungen des Rezensenten von der Sache nicht enthält. Zum einen wird moniert, dass ich der Friedensbewegung in den Rücken falle, statt ihr Rückenwind zu geben. Zum anderen vermisst sie in meiner Kritik des Friedensappellamentums die Darlegung einer widersprüchlichen Funktion des bürgerlichen Staates, der, obwohl er »die Ausbeutung der Arbeitenden sichere«, doch zugleich die »Rechtsgleichheit der Bürger« gewähre. Drittens lasse ich angeblich »außen vor«, dass dem Staat »Legitimationsprobleme« erwachsen können, »weil Leute nicht mehr für ihn sterben wollen.« Viertens schließlich entnimmt Auernheimer meiner Kritik der aktuellen Friedensordnung Anklänge an seine Sicht imperialistischer Konkurrenz, etwa wenn er in meiner Analyse der »gewaltfreien Konkurrenz« auf dem Weltmarkt die »Chancen für friedenspolitische Interventionen« entdeckt haben will.

Im Folgenden daher eine Klarstellung zu meinen angeblichen Unterlassungen und zu der von Auernheimer nachgereichten friedenspolitischen Perspektive.

Erstens: An der Friedensbewegung – deren unbedingten Friedenswillen man schon festhalten kann – kritisiere ich den theoretischen Zugriff auf Frieden und Krieg wie Staat und Volk und fasse diese Fehlleistungen in der Kritik ihrer politischen Ziele zusammen. Sie leistet sich – wie schon seit mehr als hundert Jahren – den Widerspruch, die jeweils aktuellen politischen Kriegstreiber zugleich als die zuständigen Ansprechpartner ihrer Friedenswünsche zu deklarieren. Mit einem solchen dicken Widerspruch



öffentlich als Bewegung aufzutreten, gelingt nur, wenn den Staaten, die Kriege vorbereiten und führen, abgesprochen wird, eben dieses Treiben als ihre politische Zwecksetzung zu verfolgen. Alles, was als staatlich verordnetes Töten und Vernichten passiert, wird dann als Verfehlung der eigentlichen staatlichen Aufgaben erfunden. Und es spricht nicht für die Friedensbewegung, dass ihre Protagonisten sich nie dadurch irre machen lassen, dass ein Blick in die reale Welt von Krieg und Frieden ihre Erfindungen über letztlich gute Zwecke ihres Vaterlands regelmäßig blamiert. Deshalb komme ich nicht umhin zu resümieren – wie auch Auernheimer zitiert: »Als Pazifisten haben sie sich selbstgenügsam (...) neben der kritisierten Politik eingerichtet.« Damit falle ich der Friedensbewegung nicht in den Rücken, sondern mache sie auf theoretische Fehlleistungen und unhaltbare politische Schlussfolgerungen aufmerksam; und zwar ausschließlich mit der Absicht, sie davon zu überzeugen, dass ihre Kritik an staatlicher Politik, diese verfehle ihren wahren Auftrag, in die Irre führt und damit dem Widerstand gegen Krieg und Kriegstreiber einen Bärendienst erweist.

Zweitens: Dass meine Kritik des »Friedensappellamentums« unhistorisch sei, weil sie eine mit der Etablierung des bürgerlichen Staates erreichte innergesellschaftliche Zivilisierung ignoriere, trifft nicht. Erstens deswegen nicht, weil sie gar nicht mein Thema ist, und zweitens auch schon deshalb nicht, weil ich Auernheimers Urteil über die durchgesetzte »Rechtsgleichheit der Bürger« teile. Allerdings entdecke ich, anders als mein Kritiker, darin nichts, was mich für sie einnehmen könnte. Wenn Auernheimer einerseits die staatliche Absicherung der Ausbeutung von Lohnarbeitenden kritisiert und dem andererseits die

Rechtsgleichheit der Bürger als Errungenschaft gegenüberstellt, dann verfehlt er sowohl die Kritik der Ausbeutung als auch die Bestimmung der Rechtsgleichheit.

### Zivilisierende Wirkung?

Zur Begründung nur kurz: Jedem Bürger ist es von Rechts wegen gestattet, sich mit seinem Geld auf dem Warenmarkt zu tummeln. Er darf mit Geld auf alles zugreifen, was sein Magen und Herz begehrt; egal, wieviel Geld er besitzt, ob er schon gegen Monatsmitte pleite ist oder ob er überhaupt ein Einkommen bezieht. Allerdings: Das muss er auch! Anders kommt er hierzulande nicht an Lebensmittel heran. Und es ist jedem freien Bürger von Rechts wegen gestattet, Geld zu verdienen, indem er sein Arbeitsvermögen zum Kauf anbietet. Allerdings: Das muss er auch. Anders kommt der Arbeitsmensch nicht an Geld. Wieviel die Arbeitenden verdienen, ob sie davon sich und ihre Familie über die Runden bringen können, ist in diesem Rechtsverhältnis nicht festgelegt. Aber jeder arbeitende Mensch hat natürlich von Rechts wegen Anspruch auf einen Mindestlohn. Der ist so bemessen, dass der Käufer der Arbeitskraft nicht überfordert wird, zugleich aber der Rechtsstaat als Sozialstaat gefordert ist. Von Rechts wegen hat jeder Verdienener nämlich ein Anrecht darauf, dass ein Verdienst unterhalb des Existenzminimums bis zu diesem Minimum aufgestockt wird. Allerdings: Vorher muss er dafür Teile seines Lohns in die Versicherung einzahlen. Und schließlich hat jeder Bürger von Rechts wegen ein Anrecht darauf, dass sein Eigentum geschützt wird, egal ob dieses Eigentum in seinen Lebensmitteln im weiteren Sinne besteht, die er regelmäßig verbraucht und für deren Ersatz er regelmäßig Geld verdienen muss – was er ja darf;

oder ob das Eigentum in einer Geldquelle besteht, die in dem Maße sprudelt, wie es dem Eigentümer gelingt, sie für die Optimierung des Verhältnisses von Kosten und Überschuss zum Sprudeln zu bringen – was er unter Einsatz der Arbeit auch darf. Allerdings auch dies immer in den Grenzen des zivilisierenden Rechts. Das hat schon Marx gewusst: »Was könnte die kapitalistische Produktionsweise besser charakterisieren als die Notwendigkeit, ihr durch Zwangsgesetze von Staats wegen (!) die einfachsten Reinlichkeits- und Gesundheitsvorrichtungen aufzuherrschen?« (Das Kapital, Bd. 1, S. 505) Allerdings: Unter den Verhältnissen muss jeder Lohnarbeiter dann Geld verdienen.

Die vorgestellte »Dialektik« einer negativen, die Ausbeutung absichernden, und einer positiven, zivilisierenden, Seite des bürgerlichen Staates ist also nicht haltbar. Die Konstruktion krankt zudem daran, dass nicht zu erklären ist, wieso der Staat mit seiner zivilisierenden Funktion, so wie Auernheimer sie versteht, ausgerechnet jenen Bereich der Gesellschaft vollständig ausspart, in dem der größte Teil seines Staatsvolkes zu (über-)leben hat. Oder umgekehrt: Es wäre unerklärlich, warum ein Staat, der das Leben seiner Bürger in der Arbeitswelt gänzlich dem Primat der Sicherung von Kapitalwachstum subsumiert, dieses Interesse dann »vergisst«, wenn er als Rechtsstaat diesen seinen Interessen die gewaltbewehrte Rechtsform verleiht. Ein solches »Geschichtsverständnis« lässt sich darüber leicht in jene Legitimationstheorien eingliedern, mit denen dem bürgerlichen Staat attestiert wird, dass natürlich vieles an seinem Wirken zu kritisieren sei, sich aber das Zivilisierende seiner Politik letztlich durchsetzen würde. Das kann doch nicht Auernheimers politische Absicht sein!?

Drittens: Der Rezensent moniert: »Dass das (sein Volk in den Krieg zu schicken) einem Staat

Legitimationsprobleme schaffen kann, weil die Leute nicht mehr für ihn sterben wollen, bleibt außen vor. Freilich, inzwischen haben es die USA und ihre NATO-Verbündeten geschafft, Kriege so zu führen, dass die eigene Bevölkerung verschont bleibt. Auch das bedingt vermutlich die Schwäche der Friedensbewegung heute.« Da könnte man fragen: Was habe ich denn hier verpasst? Hat Scholz Legitimationsprobleme, wenn er die Pazifisten verteufelt? Ist die Kriegsmoral nicht auf dem Vormarsch? Verschont Scholz sein Volk? Was ist denn mit der Energiekrise, die den Bürgern mit ihren erheblichen Preissteigerungen das Leben schwerer macht? Und überdies ist auch jene (atomare) Eskalation nicht mehr ausgeschlossen, vor der damals die Massen in der Rheinaue gewarnt haben. Die sollen jetzt den Aufrüstungskurs deshalb mitmachen, weil – noch – bloß die Ukrainer für uns sterben und wir selbst es uns in der Inflation gemütlich machen können? Findet nicht gerade die Einstimmung auf harte und immer härtere Zeiten statt? Die Flugschrift hat doch gerade die durchgesetzte Friedens- bzw. Kriegsmoral und damit zugleich »die Schwäche der Friedensbewegung« (Auernheimer) im Auge. Sie kann sie sogar erklären: idealisierender Patriotismus! Was ist daran falsch?

Im übrigen: Vielleicht hat der Rezensent auch die kurze, zum Zweck der Kontrastierung verfasste Bemerkung überlesen, mit der das erste Kapitel schließt: »Mit so einem (den Kriegskurs gegen die Ukraine in weiten Teilen akklamierenden) Volk kann eine demokratisch regierende Staatsgewalt einiges zum Nutzen der Nation anstellen – sofern sich nicht erhebliche Teile von ihm darauf besinnen, dass es im Frieden und vor allem im Krieg allein als politische Manövriermasse taugt. Doch so etwas ist nicht absehbar. Und dass es so bleibt, daran ist der politischen Führung sehr gelegen. Denn eines ist auch ihr klar: Gegen den Widerstand großer Teile des Volkes lässt sich Krieg weder führen noch vorbereiten.« (S. 30) In dieser Hinsicht bleibt bei mir nichts »außen vor«!

### Aufruf zur Debatte

Viertens: Wenn Auernheimer ausgerechnet in dem Gewaltverbot, das von höchster politischer Stelle über die Aneignung von fremdem Reichtum verhängt worden ist, eine Chance für Friedensinitiativen erkennt, dann hat er meine Bemerkungen über die herrschende imperialistische Friedensordnung missverstanden. Dabei ist der Sachverhalt eindeutig: Wenn die Verpflichtung der Staatenwelt auf ökonomische Konkurrenz als dem alleinigen Mittel der Aneignung fremdstaatlichen Reichtums um das Verbot des Einsatzes militärischer Gewalt ergänzt ist, dann müssen in dieser Konkurrenz Gründe angelegt sein, die üblichen Erpressungen und Drohungen der Konkurrenten mit dem Einsatz von Kriegsmitteln zu eskalieren. Sonst müsste der Einsatz nicht verboten werden – und zwar von der Supermacht, die sich damit natürlich den Einsatz solcher Gewaltmittel selbst erlaubt (alles Nähere dazu in der Flugschrift ab S. 92).

Soweit meine Replik. Sie hätte ihr Ziel erreicht, wenn sie die Debatte – nicht zuletzt mit Auernheimer – über Krieg und Frieden, über die Friedensbewegung und vor allem über die herrschende Friedensordnung, die zur Zeit vom »Westen« in der Ukraine verteidigt wird, jenseits der und gegen die öffentliche politische Volksverdummung, in deren Kritik wir uns einig sind, weiter befeuern würde.

#### ■ Anmerkung:

<sup>1</sup> Dieser und der folgende Abschnitt sind gekürzte Passagen aus der Flugschrift: Frieden. Eine Kritik, Hamburg 2023, S. 33 ff.

■ Freerk Huisken: Frieden. Eine Kritik. Aus aktuellem Anlass. Flugschrift. VSA-Verlag, Hamburg 2023, 154 Seiten, 12 Euro

■ Freerk Huisken war Professor an der Universität Bremen mit dem Schwerpunkt Politische Ökonomie des Ausbildungssektors. Nähere Informationen unter: <https://www.fhuisken.de>

#### ■ Lesen Sie morgen auf den iW-Themaseiten:

### American Way of Life. Kleines USA-Glossar

Von Meinhard Creydt